



Premierminister Mitsotakis am 1. März 2020 verkündete: „Unser nationaler Sicherheitsrat hat beschlossen, die Abschreckung an unseren Grenzen maximal zu erhöhen. Ab sofort werden wir für einen Monat lang keine neuen Asylanträge mehr annehmen“, blieb die Empörung aus. Ganz im Gegenteil: Die EU-Spitze reiste an die griechische Grenze und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach martialisch vom griechischen „Schutzschild Europas“.

Über den soeben vom griechischen Premier offen verkündeten Völkerrechtsbruch verlor sie kein Wort. Griechenland hat nämlich mit dieser Ankündigung kurzerhand die Genfer Flüchtlingskonvention – und damit auch das Recht auf ein Asylverfahren nach der Europäischen Grundrechtecharta – ausgehebelt.

## Die Nerven liegen blank

Auch wenn sich die türkische „Grenzöffnung“ letztendlich als Sturm im Wasserglas entpuppte, weil nur sehr wenige Menschen versuchten nach Griechenland zu gelangen, zeigt der Vorfall: Die Nerven liegen blank und die Bereitschaft, beim geringsten Anlass die elementarsten Menschenrechte über Bord gehen zu lassen, ist sehr hoch.

Einen knappen Monat später in Österreich: Die Pandemie hat zu Grenzschließungen geführt. Einreisen darf nur noch wer entweder StaatsbürgerIn ist, dauerhaft in Österreich lebt oder ein Gesundheitsattest vorlegen kann. Doch der österreichische Innenminister geht einen Schritt weiter und verkündet einen „Einreisestopp für Asylwerber“. Österreich nehme an der Grenze ab sofort keine Asylanträge mehr an. Ausnahme seien lediglich AsylwerberInnen, die einen negativen Corona-Test vorweisen könnten. Das ist aber de facto derzeit nicht möglich.

Nun ist aber genau jenes „Non-Retoulement Gebot“ – also das Verbot der Zurückweisung Flüchtender an

der Grenze – eines dieser krisenfesten Menschenrechte, die durch nichts und niemanden ausgesetzt oder ausgehebelt werden dürfen.

## Verbot der Zurückweisung steht in der österreichischen Verfassung

Es findet sich nicht nur in der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention und ist damit Teil der österreichischen Bundesverfassung. Es kann somit weder durch die griechische Regierung und schon gar nicht durch einen österreichischen Innenminister per Ministererlass außer Kraft gesetzt werden.

Abgesehen von der völkerrechtlichen Unmöglichkeit ist in beiden Fällen klar, was zu tun ist: Den Schutzsuchenden ist das Stellen eines Asylantrags zu ermöglichen. Die Anträge können Corona-bedingt später behandelt werden und selbstverständlich kann zwischenzeitlich über das Quartier, das den Schutzsuchenden zugewiesen wird, Quarantäne verhängt werden.

Augenfällig sind jedoch sowohl in Griechenland als auch in Österreich die nur sehr verhaltenen Reaktionen auf die jeweilige Ankündigung des Völkerrechtsbruches: In Griechenland kam von der zuständigen EU-Kommission (Von der Leyen) zunächst gar keine bzw. die falsche Reaktion und UNHCR (*United Nations High Commissioner for Refugees*) machte eine recht verhaltene Presseaussendung, wonach Asylantragstellungen weiterhin möglich sein müssten.

In Österreich kam vom grünen Koalitionspartner – nach zweieinhalbtägiger Schrecksekunde – eine Klarstellung auf Social-Media. Die Öffentlichkeit hat von dieser aber wenig Kenntnis erlangt und ist, vermutlich gemeinsam mit vielen Exekutivorganen, bis heute der Ansicht, dass derzeit keine Asylanträge an der österreichischen Grenze gestellt werden könnten.

## Wer verteidigt noch die Menschenrechte?

Den zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber auch den Kirchen und Glaubensgemeinschaften kommt in ganz Europa immer mehr die Rolle zu, die Menschenrechte und damit die Grundwerte Europas, wie sie auch im Gründungsvertrag der Europäischen Union festgelegt sind, zu verteidigen. Währenddessen verabschieden sich die SpitzenpolitikerInnen in ganz Europa von den Grundsätzen, die sich ihre AmtsvorgängerInnen selbst gegeben haben.

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“ (Vertrag über die Europäische Union Artikel 2)

Würden sich all die PolitikerInnen, die sich selbst gerne als glühende EuropäerInnen bezeichnen, an diese gemeinsamen Werte gebunden fühlen, hätten wir wohl keine politische Krise und keine Menschenrechtskrise in Europa.

Inzwischen liegt es an der Zivilgesellschaft von der Politik einzumahnen, sich an die Grundregeln zu halten und Menschen- und Völkerrecht zu respektieren.

## Die Lage in Griechenland

Die verheerende Lage in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln, hat die Diakonie und einige andere Organisationen zu einem dringenden Appell an die Europäische Spitzenpolitik veranlasst. In einem offenen Brief fordern sie – inzwischen gemeinsam mit 400 Organisationen, Kirchen, und Persönlichkeiten

des öffentlichen Lebens – die sofortige Evakuierung der Flüchtlingslager.

„Über 42.000 Menschen befinden sich unter entsetzlichen Bedingungen in den völlig überfüllten Lagern auf den Inseln. Es gibt keine Chance, einen Ausbruch von Covid-19 in einem solchen Lager einzudämmen. Er würde ältere Menschen und jene mit Vorerkrankungen gefährden, sowohl Flüchtlinge als auch Ortsansässige,“ schreiben die InitiatorInnen. Der Brief wurde vom evangelisch-lutherischen Bischof Michael Chalupka, seinen Amtskollegen Landessuperintendent Thomas Hennefeld (evangelisch-reformierte Kirche) und Superintendent Stefan Schröckenfuchs (Evangelisch-metho-

distische Kirche) als auch vom katholischen Diözesanbischof Hermann Glettler genauso unterzeichnet wie etwa von VertreterInnen der Schwedischen Kirche. ([www.urgentletter.at](http://www.urgentletter.at))

### Und Österreich selbst?

Immer mehr Menschen fordern ein, dass auch Österreich zu seiner humanitären Verantwortung stehen und sich an der solidarischen Aufnahme von Menschen in Not beteiligen muss. Der Verweis auf Leistungen der Vergangenheit ist angesichts der im Schlamm lebenden Kinder im Flüchtlingslager Moria, nicht aufrecht zu erhalten. Fast täglich entstehen neue Initiativen, welche die österreichische Regierung zur

Aufgabe ihrer Blockadehaltung drängen. Die Zivilgesellschaft wird ihrer Rolle als Mahnerin für Humanität und Menschenrechte, die ihr die Politik längst abgetreten hat, gerecht. Die Politik sollte allerdings damit aufhören, die Zivilgesellschaft als Gegnerin zu betrachten. Denn eine Welt in der Menschenwürde und Menschenrechte hochgehalten werden, kann nur ein gemeinsames Ziel sein.

Mag. Christoph Riedl

*Sozialexperte der Diakonie Österreich mit den Schwerpunkten Migration, Asyl, Integration, Menschenrechte*

---

# Wie die soziale Schere unter die Haut geht

**Soziale Ungleichheit macht krank. Je geringer das Einkommen und je weiter unten Menschen in der sozialen Hierarchie stehen, desto wahrscheinlicher ist es für sie, an Herz-Kreislaufkrankungen oder Depressionen zu erkranken. Sozialer Ausgleich ist dabei eine gute Medizin.**

Siebzehntausend Beschäftigte in Büros wurden auf Unterschiede in der Sterberate bei Herzerkrankungen untersucht. Die niederen und mittleren Dienstränge hatten eine bis zu viermal höhere Sterberate bei Herzerkrankungen als die oberen Dienstränge. Nimmt man ihnen Blut ab, finden sich in den unteren Rängen weit höhere Werte des Stresshormons Kortisol als bei den Top-Diensträngen. Da gibt es einerseits die schnelle Achse über die Nervenbahnen bis zum Nebennierenmark, das mit dem Hormon Adrenalin verbunden ist. Und dann gibt es die langsamere Bahn über den Hypothalamus im Gehirn bis zur Nebennierenrinde, das mit dem Kortisol verquickt ist. Der entgleiste Kortisolhaushalt schwächt das Immunsystem, erhöht Herz-Kreislaufkrankungen und Depressionen. Gefühle wie Ohnmacht, Scham oder Hilflosigkeit haben

unmittelbare körperliche Folgen. Andauernder schlechter Stress geht unter die Haut. Diese bahnbrechenden Ergebnisse des Gesundheitsforschers Michael Marmot haben uns gelehrt: Ausschlaggebend ist nicht nur die Höhe deines Einkommens, sondern auch wo es dich in der sozialen Hierarchie stellt. Im Zentrum stehen die Zusammenhänge von sozialer Ungleichheit und Status. Also wie sich Angst um die eigene soziale Position auswirkt, wie wir um Einfluss ringen und mit Ohnmacht umgehen, wie Dominanz und Unterwerfung vermittelt sind. Je stärker die soziale Schere auseinander geht, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit, andere hinunter zu drücken, um sich selbst zu erhöhen. Narzissmus und Selbstüberschätzung steigen an in ungleicher werdenden Gesellschaften. Das Interessante daran: Die Situation verschlechtert sich im Falle höherer

Mag. Martin Schenk

*Sozialexperte der Diakonie Österreich, Mitbegründer der Armutskonferenz, Psychologe*

Ungleichheit für alle, auch für die Mittelschichten. Mit sinkendem sozialen Status steigen die Krankheiten an, die untersten sozialen Schichten weisen die schwersten Krankheiten auf und sind gleichzeitig mit der geringsten Lebenserwartung ausgestattet. Es lässt sich eine soziale Stufenleiter nachweisen, die mit jeder vorrückenden Einkommensstufe die Gesundheit und das Sterbedatum anhebt.

### Gesichtsverlust

Man kann einen Menschen mit einer feuchten Wohnung genauso töten wie mit einer Axt. Wer die Situation von Mindestsicherungsbeziehenden weiter verschlechtert, Arbeitslose statt Arbeitslosigkeit bekämpft, die Chancen im Bildungssystem blockiert oder prekäre Niedriglohnjobs fördert, der verschlechtert die Gesundheitssituation im Land. Sozi-

aler Ausgleich ist eine gute Medizin. Denn es geht um die Alltagssituationen, die mit dem sozialen Status und mit allen damit einhergehenden Vergleichsprozessen verbunden sind: die Bedrohung des eigenen Ansehens, Gesichtsverlust, Demütigung, die Verweigerung von Anerkennung. Es sind nicht nur die Belastungen ungleich verteilt, sondern auch die Ressourcen, sie zu bewältigen. Für Kinder und ihr gesundes Aufwachsen bedeutet das: Lerne ich den Geschmack des zukünftigen Lebens als Konkurrenz, Misstrauen, Verlassensein, Gewalt? Oder habe ich die Erfahrung qualitativvoller Beziehungen, Vertrauen und Empathie gemacht? Werde ich schlecht gemacht und beschämt oder geschätzt und erfahre Anerkennung? Ist mein Leben von großer Unsicherheit, Angst und Stress geprägt oder von Vertrauen und Planbarkeit? Je ungleicher Gesellschaften sind, desto defizitärer sind diese psychosozialen Ressourcen. Es gibt weniger Inklusion, das heißt häufiger das Gefühl, ausgeschlossen zu sein. Es gibt weniger Partizipation, also häufiger das Gefühl, nicht eingrei-

fen zu können. Es gibt weniger Reziprozität, also häufiger das Gefühl, sich nicht auf Gegenseitigkeit verlassen zu können.

### **Von der Welt getrennt**

Sie klopfen an 5000 Türen. Und fragten: „Was läuft gut, was schlecht an Ihrem Wohnort? Was würden Sie gerne ändern?“ Die Gespräche fanden in jeweils drei Regionen in Ost- und Westdeutschland sowie Nord- und Südfrankreich statt. An all den Orten, an denen die Gespräche stattfanden, gibt es besonders starke Zustimmung zu ausgrenzenden und autoritären Strömungen. Alle Befragten haben sehr offenherzig und lange erzählt. Der Redebedarf war groß. Die Erfahrung, wahrgenommen zu werden, tat gut. Das, was alle beschäftigte, das, was alle zur Sprache brachten, das, was in jedem Gespräch sich in der Tiefe äußerte, war: Wir sind hier verlassen worden. Ich bin verlassen. Vergessen und abgelegt. Einsam und isoliert. Der letzte Greißler hat geschlossen, der letzte Bus ist eingestellt, der letzte Job ist abgewandert. Die Welt gibt es da

draußen, aber ich bin nicht mehr mit-tendrin. Die Welt mag tönend, farbig, warm und frisch sein. Meine Welt ist es nicht (mehr).

In Österreich sagen 17 %, dass sie im Ernstfall auf niemanden zählen können. Dass also niemand da ist, wenn man Hilfe braucht. Dass die Welt fremd geworden ist zu einem selbst. Wer sich von allen guten Geistern verlassen fühlt, verliert auch das Vertrauen in die Welt rundum. Einsamkeit wird schlimmer mit dem Alter, bedrückender durch Armut, bedrohlicher mit sozialen Krisen und belastender mit schlechter sozialer Infrastruktur. Einsamkeit bedeutet, sich von der Welt getrennt zu fühlen, keine Handlungsspielräume zu haben, weniger Anerkennung zu bekommen und von Dingen ausgeschlossen zu sein, über die andere sehr wohl verfügen. Einsamkeit ist Ausdruck einer sozialen Krise, in der auf Dauer unsere Selbstwirksamkeit und unser Weltsinn leidet.

### **Was tun?**

Vieles. Siehe oben. Wie beginnen? An 5000 Türen klopfen.

---

## **Lasst alle wählen!**

**Wenn an einem Wahltag in Österreich die Balken mit der prozentuellen Verteilung der verschiedenen Parteien nach oben (oder nach unten) gehen, wird auf eine große Bevölkerungsgruppe meist vergessen: die Nicht-Wahlberechtigten.**

Bei der Nationalratswahl 2019 waren das 14,7 Prozent oder knapp 1,1 Millionen dauerhaft in Österreich lebende Menschen im Wahlalter. In der politischen Debatte wird über diese Menschen kaum gesprochen. Doch was bedeutet es für eine Demokratie, wenn die Kluft zwischen Gesamtbevölkerung und Wahlberechtigten immer größer wird?

### **Wer darf mitbestimmen?**

Wählen darf in Österreich, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat und eine österreichische Staatsbürgerschaft

besitzt. Ausgenommen sind Wahlen auf kommunaler Ebene: bei Gemeinderats- und BürgermeisterInnenwahlen sind auch EU-BürgerInnen wahlberechtigt, die mit Hauptwohnsitz in Österreich gemeldet sind. Dies gilt für alle Bundesländer, außer Wien. In Wien lebende EU-BürgerInnen dürfen nur an Bezirksvertretungswahlen teilnehmen. Dabei ist die demokratiepolitische Lage gerade in der Bundeshauptstadt höchst brisant: Schon jede dritte dauerhaft in Wien lebende Person und etwa 40 Prozent der Menschen im 15. Wiener Gemeindebezirk dürfen nicht

*Magdalena Stern, MSc  
Projektleiterin der Pass Egal Wahl von  
SOS Mitmensch, einer Menschen-  
rechtsorganisation mit Sitz in Wien*

an der kommenden Wien-Wahl teilnehmen. Sie sind ausgeschlossen von der politischen Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse. Der Handlungswille von Seiten der Politik, an diesem Wahlausschluss von so vielen Menschen etwas zu ändern, hält sich bisher in Grenzen.

In der politischen Debatte erleben wir seit Jahren vor allem eines: Die ausgeschlossene Bevölkerungsgruppe wird für einen ausgrenzenden Diskurs missbraucht, der immer wieder auch rassistische Züge annimmt, und es werden gezielt Ängste geschürt. Es wird

darüber gemutmaßt, wie diese Menschen wählen würden, wenn sie denn dürften. Dabei gibt es dazu in Österreich keine Erhebungen bzw. Daten. Wir wissen es schlichtweg nicht. Und um die Frage nach dem „wie“ sollte es bei der Debatte um politische Mitbestimmung ohnehin nicht gehen. Demokratie lebt von Beteiligung. Nur Beteiligung schafft Zugehörigkeit und nur Beteiligung verleiht Menschen im wahrsten Sinne des Wortes eine Stimme. Ziel sollte es sein, unsere Demokratie für die Menschen zu öffnen, die hier leben, und die Menschen, die hier leben, für unsere Demokratie zu öffnen.

### **Protest und Ermächtigung**

SOS Mitmensch beschloss 2013 nicht länger warten zu wollen, bis die Politik etwas tut. Mit der „Pass Egal Wahl“ soll aktiv der problematischen Entwicklung der steigenden Demokratiekluft entgegengesteuert werden. Sie bietet Betroffenen des Wahlausschlusses die Möglichkeit, zumindest symbolisch ihre Stimme abzugeben. Dabei sind die „Pass Egal Wahlen“ sowohl eine Protestaktion als auch ein Ermächtigungsprojekt und entfalten in diesen beiden Dimensionen ihre Wirkung.

Viermal konnten bereits alle – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft – bei einer „Pass Egal Wahl“ in Österreich ihre Stimme abgeben. Die Wahlen wurden immer so authentisch wie möglich gestaltet. Es gibt Wahlzelle, Original-Wahlkabinen und Wahlurnen sowie von Parteien entsandte WahlbeisitzerInnen. Jede abgegebene Stimme von Personen ohne österreichische

Staatsbürgerschaft wird ausgezählt und anschließend das Wahlergebnis verkündet. Die Wahlen sind ein wichtiges Zeichen sowohl gegen Demokratieausschluss als auch gegen den sozialen Ausschluss von dauerhaft in Österreich lebenden Menschen.

Denn was meist auch untergeht: Viele schon lange hier lebende oder sogar in Österreich geborene Menschen können es sich schlicht und einfach nicht leisten österreichische/r StaatsbürgerIn zu werden. Sie bleiben aufgrund ihrer ökonomischen Situation dauerhaft von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Ein Beispiel: Die Einkommensanfordernisse, die nachgewiesen werden müssen, sind dermaßen hoch, dass rund 60 Prozent der österreichischen ArbeiterInnen diese nicht erfüllen können. Die Einbürgerungsrate liegt in Österreich folglich derzeit bei nur 0,7 Prozent. Das heißt, von 1.000 Personen ohne österreichischer Staatsbürgerschaft werden pro Jahr nur sieben eingebürgert, 993 bleiben von Teilhabe ausgeschlossen. In der EU haben nur Litauen und Estland eine noch niedrigere Einbürgerungsrate als Österreich.

### **Erleichterungen bei der Einbürgerung**

Was also tun? Hebel zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation finden sich beim Wahlrecht und bei den Einbürgerungsbestimmungen. SOS Mitmensch fordert, dass alle Menschen, die ihren Hauptwohnsitz in Österreich haben, nach spätestens drei Jahren das aktive und passive Wahlrecht erhal-

ten. Für die Änderung des Wahlrechts bedarf es einer Zweidrittelmehrheit im Parlament. Deutlich schneller umsetzbar wären Lockerungen der restriktiven und sozial ausgrenzenden Einbürgerungsbestimmungen. Denn solange das Wahlrecht auf fast allen Ebenen an die Staatsbürgerschaft gekoppelt ist, ist das Einbürgerungsrecht die zentrale Hürde zum Recht auf demokratische Mitbestimmung. Vor allem das von der damaligen ÖVP-FPÖ Regierung verabschiedete Fremdenrechtspaket aus dem Jahr 2005 – mit seinen Verschärfungen bei nachzuweisendem Mindesteinkommen – hat zur Konsequenz, dass heute wieder Menschen aufgrund ihrer ökonomischen Situation von Wahlen ausgeschlossen werden. Die Situation für hier lebende Menschen ohne österreichischen Pass erinnert an das Zensuswahlrecht des 19. Jahrhunderts, als ausschließlich wohlhabende Menschen wählen durften.

Was keinesfalls vergessen werden darf: Es ist etwas Positives, wenn Menschen sich demokratisch beteiligen wollen. Seit der ersten „Pass Egal Wahl“ 2013 ist es gelungen, den Wahlausschluss von mehr und mehr Menschen zu einem immer breiter diskutierten Thema zu machen und die Öffentlichkeit für die schwierige Situation der Betroffenen zu sensibilisieren. Klar ist: Eine offene, ehrliche und vor allem lösungsorientierte politische Debatte über die fehlenden demokratischen Partizipationsmöglichkeiten von Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft ist längst überfällig.

## **Klimavolksbegehren unterstützen: Eintragungswoche von 22. bis 29. Juni 2020**

Papst Franziskus hat beginnend mit Mai ein Laudato-Si'-Jahr ausgerufen. Fünf Jahre nach dem Erscheinen dieser Enzyklika mit dem Untertitel „Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ ist ihr Inhalt aktueller denn je. Die öko-soziale Krise wurde zwar durch die Pandemie-Berichterstattung zum Teil überlagert, aber eines machte die aktuelle Krise deutlich: Nämlich wie sehr wir alle miteinander verbunden und voneinander abhängig sind. Papst Franziskus wird nicht müde, das in diesem Rundschreiben zu betonen. Weiters wurde durch die Krise deutlich: PolitikerInnen können das Ruder in die Hand nehmen und gestalten (bei aller Fehleranfälligkeit in der gebotenen Eile). Genau das fordert der Papst von den PolitikerInnen, sich nicht durch scheinbare Alternativlosigkeit vor sich hertreiben zu lassen, sondern das Primat der Politik (im Rahmen der Verfassung) wahrzunehmen und die Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle zu schaffen. Dazu gehört, sich der Klimakrise zu stellen und Entscheidungen auf ihre Klimaverträglichkeit zu überprüfen. Damit dieses Anliegen im Zuge des Wiederaufbaus nicht scheinbar unabänderlichen Sachzwängen zum Opfer fällt, ist es umso wichtiger das Klimavolksbegehren zu unterstützen.

# Wieder aktuell?

## Die neue Politische Theologie von Johann B. Metz im 21. Jahrhundert

**Johann B. Metz ist seit einigen Monaten tot. Wie steht es um seine Theologie im 21. Jahrhundert? Viele TheologInnen halten seine Theologie heute für überholt. Die Zeit der neuen Politischen Theologie scheint vorüber zu sein.**

Fraglos ist, dass Metz' Theologie in den 1960er und 1970er Jahren eine Anziehungskraft besaß, die ihresgleichen suchte. Der Historiker Gerd-Rainer Horn zeigt etwa auf, dass die neue Politische Theologie international von exorbitanter Bedeutung war. Sie hatte besonders starke Auswirkungen auf die Theologie in Europa und Lateinamerika. Aber was war eigentlich ihr Kerngehalt?

### Die alte neue Politische Theologie

Johann B. Metz hat seine praktische Fundamentaltheologie in Abgrenzung zur klassischen Politischen Theologie von der Stoa bis zu Carl Schmitt entwickelt. Während letztere die bestehende Politik religiös überhöht, ging es Metz um ein kritisches Korrektiv: Die neue Politische Theologie stellt die gängigen politischen Praktiken infrage und entzaubert ihre Alternativlosigkeit. Metz zufolge ist Theologie unabdingbar politisch, weil die biblischen Verheißungen von Freiheit, Friede und Gerechtigkeit keine privaten Heilsversprechen sind, sondern immer das Ganze der gesellschaftlichen Wirklichkeit betreffen. Der christliche Glaube impliziert so, auch in einer säkularen und pluralen Gesellschaft, einen öffentlichen Gestaltungsanspruch.

Von besonderer Bedeutung im Metz'schen Gesamtwerk ist das Theodizee-Problem: Die Frage nach dem ungerechten Leiden in der Welt, die besonders im Angesicht von Auschwitz virulent wird. Diese Frage kann und darf Metz zufolge nicht abschließend geklärt, sie muss als unablässige Rück-

frage an Gott selbst formuliert werden. In ihr sieht er die Leidsensibilität des Christentums aufbewahrt, die ein provozierendes Gedächtnis für unsere Gesellschaft darstellt. Diesbezüglich spricht Metz auch von einer „Autorität der Leidenden“, von einem „Imperativ der Compassion“: Der christliche Glaube fordert, fremdes Leid wahrzunehmen und zur Sprache zu bringen. In der Nachfolge Jesu, der sich den Unterdrückten und Schwachen zugewendet hat, wird deutlich, dass es kein Leid in der Welt gibt, das uns nicht angeht.

### Alte Denklinien und neue Anläufe

Spätestens seit den 1990er Jahren ist die Bedeutung von Metz' Theologie rapide gesunken. In den letzten Jahren lässt sich jedoch eine neue Aktualität feststellen. Derzeit ist schließlich eine neue Aufmerksamkeit für die Anliegen der Politischen Theologie unverkennbar. Neben Veranstaltungen und Veröffentlichungen, die Johann B. Metz und seiner Theologie erinnern, finden sich programmatische Vorhaben, diese Theologie zu aktualisieren und in die Gegenwart fortzuschreiben. Alle Neuanläufe Politischer Theologie setzen sich dabei mit der Frage auseinander, wie veränderte Kontexte und neue theoretische Zugänge adäquat in das Metz'sche Theologie-Gebäude integriert werden können und welche Änderungen daraus in der gesamten Theorie-Architektur resultieren. Eine Auseinandersetzung mit soziologischer Forschung zur sozialen Ungleichheit wird ebenso adaptiert wie neuere französische Sozialphilosophie,

*Jan-Hendrik Herbst,  
wissenschaftlicher Mitarbeiter an  
der TU Dortmund, promoviert in  
Religionspädagogik*

die einen emphatischen Politikbegriff diskutiert. Dabei wird das innovative Moment von Politik hervorgehoben, Politik wird – in offensichtlicher Nähe zu Johann B. Metz – als Unterbrechung der sozialen Ordnung verstanden. Manche Neuansätze distanzieren sich dabei stärker von Metz als andere, sie beziehen sich eher mittelbar auf Metz und betrachten ihn vor allem als einen inspirierenden Absetzpunkt. Aber was macht die neue Politische Theologie heute wieder interessant?

### Neue Kontexte und alte Themen

Die Theologie von Johann B. Metz wird gerade durch Entwicklungen im gesellschaftlichen Kontext wieder aktuell. Dies lässt sich an drei thematischen Bereichen verdeutlichen, die exemplarisch für ein neues politisches Krisenbewusstsein der Gegenwart stehen: die ökologische, die soziale und die globale Frage. Denn eine kairologische Theologie, die sich mit den „Zeichen der Zeit“ befasst, kann die globale Erderwärmung, den Wandel der Arbeitswelt und den Bedeutungszuwachs des „autoritären Nationalradikalismus“ (W. Heitmeyer) nicht ignorieren. Und gerade die neue Politische Theologie hat sich früh mit den dahinterstehenden Fragestellungen auseinandergesetzt und bietet daher auch heute weiterführende Perspektiven. Besonders deutlich wird dies in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten: Metz' Theologie eröffnet – etwa durch die theologische Kategorie einer Autorität der Leidenden – eine

tiefgreifende Kritik von Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus, die auch heute zu berücksichtigen ist. Gerade vor dem Hintergrund einer revitalisierten Lektüre von Carl Schmitts Politischer Theologie auf Seiten der neuen Rechten, ist Metz derzeit von Interesse: Schließlich besteht eine lange und kritische Auseinandersetzung mit Schmitts Politischer Theorie. In der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zeigt sich jedoch nicht nur die Aktualität der neuen Politischen Theologie, im Kontext der damit verbundenen gesellschaftlichen Konflikte muss sie sich auch bewähren. Gelingt dies nicht, widerlegt sich der neue Aktualitätsanspruch womöglich von selbst.



Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

**E. Gonstaller: Das Klimabuch. Alles, was man wissen muss, in 50 Grafiken. oekom Verlag, München 2019, 126 Seiten.**

Dürre, Hitzewellen, Kälteeinbrüche, Starkregen mit Überflutungen ... All diese Phänomene sind mit der Klimakrise verbunden. Die komplexen wissenschaftlichen Daten werden in 50 Grafiken leicht verständlich dargestellt und in vier Kapitel unterteilt: Klima und Kohlendioxyd, Klimatreiber Mensch, weltweite Auswirkungen und Lösungsansätze. Zu den Lösungsansätzen zählen folgende Punkte: Nahrungsmittelsicherheit, Trinkwassersicherheit, Schutz vor Wetterextremen, Waldaufforstung und -schutz, Smarte Städte, Energie- und Politikwende, Wirtschaftswende, Agrarwende, Transportwende und persönlicher Wandel. Der Klimaschutz beginnt zu Hause mit kleinen Maßnahmen: Zum Ökostromanbieter wechseln, LED-Lampen verwenden, Wäsche lufttrocknen

statt im Trockner, Dusche statt Vollbad, Solarthermie für Warmwasser und Heizung, Fassade und Dach dämmen, Isolierfenster einbauen, Obst und Gemüse anbauen im Garten/Wintergarten/Balkon usw. Diese Grafiken eignen sich besonders für den Schulunterricht, aber auch für interessierte LeserInnen.

**W. Schmiedbauer: Die Kunst der Reparatur. Ein Essay. oekom Verlag, München 2020, 190 Seiten.**

Zum persönlichen Beitrag zum Klimaschutz gehört sicher auch der Bereich Reparaturen. Wir befinden uns in einer Wegwerfgesellschaft nicht nur bei Lebensmitteln, sondern auch bei Sachgütern. Der vorliegende Essay ist ein Plädoyer fürs Reparieren. Drei Fragen sollten heute vor jedem Kauf stehen: Brauche ich das Ding wirklich? Kann ich es reparieren? Und wo bleibt der Müll? Der geistige Nutzen einer Reparatur liegt auch darin, dass man selbst auf den Grund der Störung kommen und daraus Schlüsse ziehen kann, wie sie behoben werden bzw. wie in Zukunft einer Störung vorgebeugt werden kann. Damit kann man dem primitiven „Weg damit“-Affekt vorbeugen. Die Kunst der Reparatur besteht darin nicht schnell aufzugeben, sondern zu überlegen, was ist geschehen, dass etwas nicht mehr funktioniert und was sind mögliche Schritte, um den früheren Zustand wiederherzustellen. Aber Reparaturen ersparen nicht nur Neukäufe, sondern strahlen zugleich positiv in unsere emotionalen Beziehungen aus – zu Dingen, aber auch zu anderen und zu uns selbst. Überlegungen zur Wegwerfgesellschaft, die wir so noch nicht angestellt haben und die uns helfen können, zur Reparaturgesellschaft zurückzufinden.

**In eigener Sache**

Dieser Ausgabe von INTERESSE liegt ein Zahlschein bei. Wir ersuchen Sie um Einzahlung eines freiwilligen **Druckkostenbeitrages** von **9 Euro** für das Jahr 2020.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

**Humane Relativitätstheorie**



Naturwissenschaftlich bin ich leider eine Blinse. Wenn Sie mich nach Einstein fragen, krümmen sich Zeit und Raum vor Scham, weil ich herumstammle, dass ein schwarzes Loch entsteht, wenn irgendwas Schweres implodiert, und dann wird da alles reingezogen, Licht und Raumschiffe und ... Womit die beiden Unendlichkeiten bewiesen wären, nämlich die des Weltalls und jene der Dummheit.

Was ich Dussel noch weniger verstehe als die astrophysikalische Relativität, ist die humane: Beim Wert des Menschen gibt es ja Kurschwankungen wie am Alpenhauptkamm! Mein Schulwissen ist aus dem vorhergehenden Jahrtausend, da hat man noch was von „frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ lernen müssen, und zwar ALLE.

Offensichtlich sind wir aber in der Zwischenzeit in verschiedene Preisklassen eingeteilt worden. Als Frau bin ich ein Eitzerl wertloser als ein Mann. Rumänische Altenpflegerinnen und ukrainische Erntehelfer, denen man vor Corona noch die Kinderbeihilfe gekürzt hat, freuen sich dank Corona über eine kleine soziale Kurssteigerung, weil offensichtlich wurde, dass unser Markt nur wegen ihrer Hungerlöhne funktioniert. Gut am humanen Aktienmarkt performen weiterhin Motorradindustrielle und Lebensmittelkonzerne, während so ein „illegaler Migrant“ auf griechischen Inseln nicht einmal dann einer Regung wert ist, wenn er ein unbegleiteter Minderjähriger ist. Arbeitslose sind schlechter bewertet als jene, die der Chef in Kurzarbeit schickt und die Vollzeitarbeit halt im Home Office erledigen lässt, während er sich eine Dividende gönnt.

Ich polemisiere nicht, es scheint nur alles so unlogisch! Oder entsteht grad ein schwarzes Loch, in dem der Neoliberalismus verschwindet, weil das so schwer zu Verstehende implodiert?

Ihre Weinbergschnecke

# Demokratie und Partizipation – Ein Teil gelebten Christentums

**Die Pandemie ist auch an der „Zeitung INTERESSE – Soziale Information“ nicht spurlos vorübergegangen. Sie halten die neue Ausgabe später als sonst in Händen und außerdem gibt es keine Termine für die nähere Zukunft zu vermelden, die Sie sonst hier auf der letzten Seite finden würden. Darum nutzen wir diese Seite ausnahmsweise für einen eigenen Kommentar.**

Wir haben die Artikel dieser Ausgabe aus dem Homeoffice angefragt und auch die nächsten Schritte teilweise noch in diesem Modus abgewickelt. Eine neue Erfahrung, aber auch ein Spagat, den ich, wie ich hoffe, nicht allzu oft machen muss: zwischen Homeoffice, Homeschooling und Hausarbeit (hierfür hat sich auch in dieser Zeit kein trendiger Anglizismus durchgesetzt). Es ist nicht leicht, hier nicht wieder in einengende Rollenbilder zu verfallen. Mit der Aussage: „Es ist keine Schande, Kinder in Betreuung zu geben“ zeigt sich, wie nahe diese Vorstellungen wieder gerückt sind und wie schnell der Entscheidungsspielraum wieder kleiner werden könnte. Ein erster Aspekt, wo es für Männer und Frauen gleichermaßen gilt – nach dieser Zeit der Ausnahmen – achtsam zu sein, damit die Gestaltungsfreiräume für die eigenen Lebensentwürfe bleiben.

Im Sozialreferat bieten wir ein Rufseminar zur Demokratie an und auch im EB-Forum OÖ gibt es für 2020/21 einen geförderten Themenschwerpunkt „Gemma Demokratie“. Wie notwendig das ist, hat sich in den letzten Wochen gezeigt. Bisher haben wir bei unseren Bildungsangeboten immer wieder die illiberalen Demokratien in unseren Nachbarländern als Kontrastbeispiele für die Notwendigkeit (gesellschafts-) politischen Engagements herangezogen. Jetzt können wir auf eigene Erfahrungen in Österreich zurückgreifen. Im März wurden unsere verfassungsrechtlich verankerten Grund- und Freiheitsrechte, die uns so selbstverständlich scheinen, zum Teil außer Kraft gesetzt. Nach einer ersten Schockstarre mehrten sich die kritischen Stimmen, denn in der gebotenen Eile wurden Fehler gemacht: Demonstrationen als Aus-

druck der Meinungsfreiheit wurden in der ersten Zeit untersagt, selbst wenn alle gebotenen Vorschriften beachtet worden wären. Demonstrationsähnlichen Schlangen vor Baumärkten hingegen, stand schon bald nichts mehr entgegen. Auch hier gilt es, aufmerksam zu sein, damit unsere Grund- und Freiheitsrechte so bald wie möglich wieder vollumfänglich Gültigkeit erlangen und dass überbordende Überwachung zum Beispiel, nicht die Demokratie aushöhlt. Denn dass steter Tropfen den Stein höhlt hat z. B. Victor Orbán bewiesen, der sich bei dieser Gelegenheit beinahe die unumschränkte Macht gesichert hat (womit nun doch wieder ein Nachbarland als Beispiel herhalten muss). Noch ein Ausblick auf unsere nächste Ausgabe drängt sich hier auf: Wir haben dafür einen Artikel anlässlich des „Verfassungsjubiläums“ angefragt. Dass die „Schönheit“ der Verfassung nun schon zum zweiten Mal in doch recht kurzer Zeit bedeutsam wird, damit haben wir allerdings nicht gerechnet.

Die Krise hat einige Missstände und Widersprüche in unserer Gesellschaft noch sichtbar gemacht, die

dann zu manch gut gemeinten, aber meines Erachtens doch wenig nachhaltigen Initiativen führten. Pflegekräfte (aus den Nachbarländern) – heiß umworben, VerkäuferInnen im Dauerstress und viele andere aus der kritischen Infrastruktur wurden als HeldInnen bezeichnet und eine (kleine) Bonifikation für sie erwogen. Gleichzeitig wird diskutiert, ob Betriebe, die von den Hilfspaketen profitieren, eine Dividende auszahlen. Hier sind wir gefordert, das im Blick zu behalten und immer wieder zum Thema zu machen.

Dieses und noch manch andere Entwicklung, wo Menschen auf der Strecke bleiben, weil ihre Stimme zu wenig im demokratischen Diskurs gehört wird, beweist einmal mehr wie wichtig es für uns als Sozialreferat und für uns als ChristInnen ist, uns bei gesellschaftliche Fragen einzubringen – ganz im Sinne der Politischen Theologie – wie es in dieser Ausgabe zu lesen ist. Ein wichtiger Teil gelebten Christentums eben.

Mag.<sup>a</sup> Lucia Göbesberger  
*Sozialreferat der Diözese Linz*



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)  
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.<sup>a</sup> Lucia Göbesberger  
Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz  
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51  
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales  
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederdorf 15  
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz  
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M - Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz  
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.



Katholische Kirche  
in Oberösterreich